

Gespräche mit Südwestmetall für mehr Ausbildungsplätze gescheitert

Arbeitgeber gefährden Zukunft der Jugend!

Nach fünf Gesprächen zwischen der IG Metall-Bezirksleitung Baden-Württemberg und Südwestmetall sind die Bemühungen der IG Metall gescheitert, verbindliche Zusagen der Arbeitgeber für mehr Ausbildungsplätze zu erhalten.

„Mit dieser Blockade der Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg werden die Entwicklungschancen vieler Jugendlicher und die gesellschaftliche Stabilität gefährdet“, kritisiert Jörg Hofmann, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg das Verhalten von Südwestmetall (siehe auch Kommentar „Politik jetzt gefordert“ auf der Rückseite).

Zur Erinnerung: Um der drohenden Umlagefinanzierung der Ausbildung zu entgehen, hatten sich die Arbeitgeber in einem Ausbildungspakt verpflichtet, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Fakt ist, dass die Regionalagentur für Baden-Württemberg im Mai einen Rückgang der Ausbildungsstellen um 9,6 Prozent und ein Plus von 2,7 Prozent bei den Bewerbern meldete. Zudem ist die Jugendarbeitslosigkeit im Südwesten



Aktionstag der IG Metall-Jugend gegenüber der Geschäftsstelle von Südwestmetall in Stuttgart-Degerloch: Rund 1000 Azubis aus Baden-Württemberg demonstrierten lautstark für einen Tarifvertrag für mehr Ausbildungsplätze.

um 25 Prozent angestiegen. „Mit der Weigerung der Arbeitgeber, verbindlich zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen“, so IG Metall-Betriebsleiter Jörg Hofmann, „erweist sich der Ausbildungspakt als ausschließlich taktisches Manöver, sich der Ausbildungsumlage zu entziehen.“ Deshalb ist jetzt die Politik gefordert, verpflichtende Auflagen für zusätzliche Ausbildungsplätze zu treffen.

Ross und Reiter nennen

Die IG Metall wird bei den zusätzlichen Ausbildungsplätzen nicht locker lassen.

„Wir werden vor Ort Ross und Reiter nennen, die für die Ausbildungsmisere verantwortlich sind“, betonte IG Metall-Betriebsleiter Jörg Hofmann. Seit 2001 sind in den verbandsgebundenen Unternehmen der Metallindustrie in Baden-Württemberg 1168

Ausbildungsplätze abgebaut worden. Nicht nur deshalb sollen Betriebe, die keine Verantwortung zeigen und keine Ausbildung anbieten oder ihre Ausbildungskapazitäten abbauen, öffentlich benannt und kritisiert werden. „Wir wollen aber auch Unternehmen herausstellen, die eine positive Entwicklung aufweisen“, so Jörg Hofmann.

„Versprochen und nix gehalten“

Einige Stimmen aus den Betrieben zum Verhalten der Arbeitgeber bei den Verhandlungen:

Norbert Rank, Betriebsratsvorsitzender der Audi AG in Neckarsulm:

„Die Verweigerungstaktik der Arbeitgeber gefährdet die Zukunft vieler Jugendlichen. Die Arbeitgeber vergeben die Chancen, mit einer neuen Vereinbarung für mehr Ausbildungsplätze die Zukunft effektiv mitzugestalten. Made in Germany, und damit der Standort Deutschland schlechthin, braucht künftig mehr denn je gut ausgebildete Fachkräfte.“



Achim Dietrich, Betriebsrat bei ZF AG in Friedrichshafen: „Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Dafür hat die Regierung die Umlagefinanzierung von der Tagesordnung gestrichen. Gehalten haben die Arbeitgeber ihr Versprechen nicht. Diese Täuschung und der Vertragsbruch müssen jetzt zu Konsequenzen führen.“



Jan Spengler, Jugend- und Ausbildungsvertreter bei Siemens Com. in Bruchsal:

„Das Verhalten der Arbeitgeber bei den Tarifver-

handlungen ist eine Ohrfeige für die Zukunft der Jugendlichen. Die Arbeitgeber haben mehr Ausbildungsplätze versprochen und wieder mal nix gehalten.“

Michael Brecht, Betriebsratsvorsitzender Daimler-Chrysler in Gaggenau:



„Das ist wieder typisch. Die Politik verlagert die Verantwortung auf die Tarifebene und dann versuchen wir als IG Metall, auf dieser Ebene eine Lösung für die Zukunft der Jugendlichen zu finden, und die Arbeitgeber mauern. Das ist doch alles Lug und Trug.“

Politik jetzt gefordert

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg weigern sich, zusätzliche Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren zu schaffen.

Sie gefährden damit die Entwicklungschancen der Jugend und die gesellschaftliche Stabilität. Mit der Weigerung von Südwestmetall ist der Ausbildungspakt mit dem Ziel, jedem ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren, de facto gescheitert.

Die IG Metall hat immer auf branchennahe kollektive Vereinbarungen und nicht auf

staatliche Regulation gesetzt, aber offensichtlich sind die Arbeitgeber nicht bereit, solche Vereinbarungen zu treffen.

Nach dem Scheitern dieser Gespräche ist die Politik gefordert. Sie muss jetzt verpflichtende Auflagen zur Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze treffen. Diese Aufforderung richte ich ausdrücklich auch an die Landesregierung Baden-Württemberg. Sie muss ihre Vetohaltung im Bundesrat zu dieser Frage aufgeben.

Jörg Hofmann,
Bezirksleiter der IG Metall
Baden-Württemberg

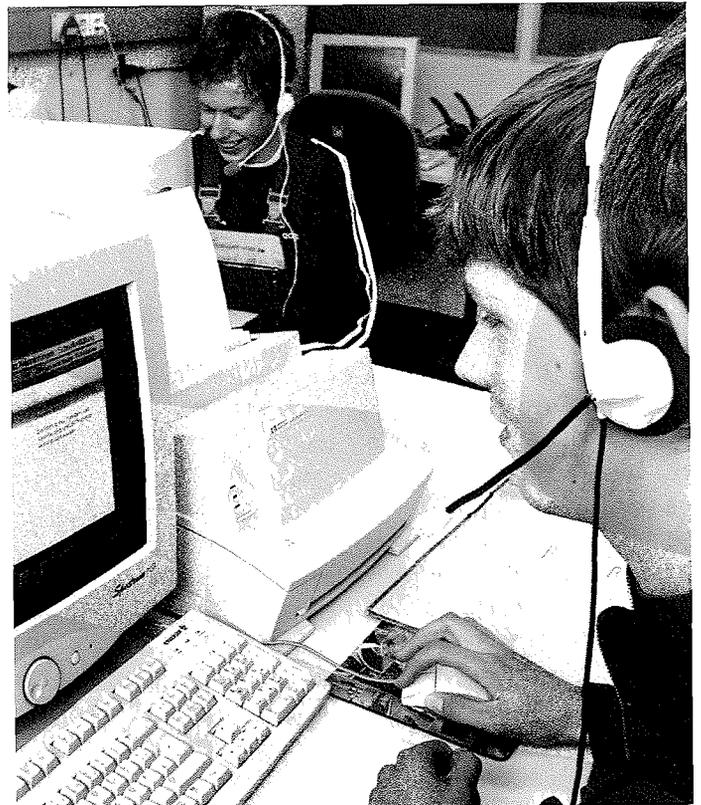


Wird mit der Ausbildungsnot der Jugendlichen ein Geschäft gemacht?

500 Euro im Monat zahlen

er in einem Metallberuf ausgebildet werden will, soll zahlen. Wird in Zukunft aus der Ausbildungsnot der Jugendlichen ein Geschäft gemacht? Ein Beispiel aus dem Schwarzwald.

In Villingen-Schwenningen werden von der Firma Winkler 350 private Ausbildungsplätze, etwa zum Industriemechaniker, angeboten. Dahinter steckt kein Unternehmen der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie, sondern ein Weiterbildungsinstitut. Und die 500 Euro, die monatlich anfallen, sind keine niedrigen Ausbildungsvergütungen, sondern Ausbildungskosten, die die Eltern zu tragen haben. Bei einer dreijährigen Ausbildung fallen rund 18 000 Euro an. Wer soll das bezahlen können?



Müssen künftig die Eltern für eine Ausbildung ihrer Kinder in einem Metallberuf bezahlen?